

E-Empowerment – Vielfalt und Integration frauenpolitischer Aktivitäten im Internet

Gabriele Winker

Bereits ein unsystematischer erster Blick ins Internet zeigt eine große Vielfalt frauenpolitischer Aktivitäten. Berufsverbände von und für Frauen verweisen auf die Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen oder in technisch-naturwissenschaftlichen Erwerbsfeldern und veröffentlichen Hintergrundmaterial zur geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung. Stellungnahmen aus Genderperspektiven zu aktuell politischen Fragen wie den Hartz-Gesetzen oder Veränderungen in der Kranken- und Rentenversicherung finden sich auf den Websites von Gleichstellungsbeauftragten und den Frauenorganisationen von Parteien. In unterschiedlichen Foren tauschen sich Frauen mit minderjährigen Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen über ihre breite Aufgabenpalette in der unbezahlten Haus- und Sorgearbeit aus und reflektieren über den alltäglichen Spagat zwischen Beruf und Familie. In virtuellen Selbsthilfeorganisationen finden Frauen in schwierigen Lebenslagen, beispielsweise mit einer spezifischen Krankheit oder mit Gewalt-Erfahrungen, Austauschmöglichkeiten und konkrete Hilfen. Cyberfeministinnen dekonstruieren mit Ironie, Witz und Subversivität die soziale Kategorie Frau und experimentieren auf vielfältige Weise mit neuen Identitäten.¹ Diese und viele weitere Mosaiksteine sprechen für ein breites haupt- und ehrenamtliches Engagement unterschiedlichster Frauen im Internet, die oft auch außerhalb des Internets in losen Netzwerken oder festen Organisationen tätig sind.² Ihre Aktivitäten im Netz widersprechen damit den in den hegemonialen Massenmedien gerne publizierten Berichten, in denen die Frauenbewegung für tot erklärt wird.

In der Tat ist diese vorfindbare Vielfalt nicht selbstverständlich, stehen doch frauenpolitische Akteurinnen seit der letzten Dekade des 20. Jahrhunderts verstärkt unter Rechtfertigungsdruck. Während in den 70er Jahren die Diskriminierung von Frauen als Gesamtheit unter den Aktivistinnen noch unbestritten war und es nur um die Frage der richtigen politischen Emanzipationsstrategie – Gleichheitsfeminismus versus Differenzfeminismus – ging, verschob sich ab Mitte der 80er Jahre der

1 Vgl. beispielsweise das Old Boys Network, <http://www.obn.org>

2 Einzelne Aktivitäten vor allem in Online-Communities sind jedoch erst mit dem Internet entstanden (vgl. dazu die Beiträge in Teil II des vorliegenden Bandes).

Fokus in Theorie und Praxis auf die Berücksichtigung von Differenzen zwischen Frauen. Die damit einhergehende Forderung, neben dem Geschlecht weitere Differenzierungsdimensionen wie Klasse, Ethnizität und sexuelle Orientierung einzubeziehen, führte zwar zu wichtigen neuen Einsichten, erschwerte jedoch die Begründung und Realisierung frauenpolitischer Aktivitäten. Seit Mitte der 90er Jahre gewinnt unter dem Einfluss postmoderner Theorien sowie im Zuge der Rezeption des Werkes von Judith Butler (1991) eine skeptische Haltung gegenüber Gruppenidentitäten und kulturellen Differenzen, die als repressiv und Ausschluss erzeugend gesehen werden, an Bedeutung. Begründet wird diese anti-essentialistische Sicht mit einer weitgehenden Differenzierung der Lebensbedingungen und Identitäten von Frauen.

Sicherlich haben postmoderne und poststrukturalistische Ansätze wichtige Erkenntnisse zur Konstruktion von Identitäten und Differenzen hervorgebracht; allerdings ist es auf dieser Grundlage schwierig, soziale Ungleichheiten und politökonomische Grundlagen von Geschlechterarrangements aufzudecken. So besteht die Gefahr, durch Angst vor unzulässiger Gruppenbildung strukturelle Gemeinsamkeiten von Unterdrückungserfahrungen zu vernachlässigen. Mit Fraser ist aber davon auszugehen, »dass Gerechtigkeit heute sowohl Umverteilung als auch Anerkennung erfordert« (Fraser 2001: 24). Frauen sind danach sowohl von kultureller als auch ökonomischer Ungerechtigkeit betroffen.

Gerade in Zeiten des informationellen Kapitalismus (Castells 2001) fallen postmoderne Ansätze auf fruchtbaren Boden, da sich überkommene Strukturen der Geschlechterverhältnisse aufzulösen scheinen: Immer mehr Frauen werden in den Arbeitsmarkt integriert, das Bildungsniveau hat sich zwischen jungen Frauen und Männern weitgehend angeglichen, die Pluralisierung von Lebensstilen nimmt zu, und junge Frauen setzen die Existenz von Gleichberechtigung als selbstverständlich voraus. Frauenprojekten, die ihre Aufgabe in der Unterstützung von sozial benachteiligten Gruppen sehen, werden im Rahmen einer breiten staatlichen Deregulierung die finanziellen Mittel entzogen, nicht zuletzt mit dem Verweis auf die angeblich erreichte Chancengleichheit. Gleichzeitig finden jedoch verschärfte Diskriminierungsprozesse beispielsweise bei Alleinerziehenden, Wiedereinsteigerinnen, Frauen mit geringen formalen Qualifikationen oder Migrantinnen statt.

Parallel dazu verändert sich die offizielle Frauen- und Geschlechterpolitik. Nach dem Programm der Frauenförderung in den 80er Jahren und der in den 90er Jahren maßgeblichen Gleichstellungspolitik wird mit dem Beginn des neuen Jahrtausends das Konzept des Gender Mainstreaming zur Leitlinie deutscher Bundes-, Länder- und Kommunalpolitik. Der neue genderpolitische Auftrag an Politik und Verwaltung lautet, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern wahrzunehmen und zu berücksichtigen. Abgesehen davon, dass über dieses Konzept essentialistische Positionen

wieder an Bedeutung gewinnen, lässt sich trotz Gender-Trainings an vielen Orten bisher primär eine »rhetorische Modernisierung« (Wetterer 2002) feststellen. Und selbst darauf wird in vielen Bereichen, die technikbezogen sind und damit nicht im Fokus der neuen Geschlechterpolitik stehen, verzichtet, wie zum Beispiel bei E-Government-Prozessen beobachtet werden kann (Winker 2004). Dies ist nicht verwunderlich, da mit dieser Strategie Verwaltungsangestellte und technische Fachkräfte Geschlechterpolitik realisieren sollen, »denen weder die Geschlechterdimension ihres Verhaltens bewusst, noch die wissenschaftliche Perspektive der Frauen- und Geschlechterforschung vertraut ist« (Metz-Göckel u.a. 2002: 28). Auch wenn nach Auffassung vieler Vertreterinnen dieses Konzepts eine eigenständige Frauenpolitik integraler Bestandteil des Gender Mainstreaming bleiben muss (u.a. Stiegler 2002), wird Frauenpolitik damit derzeit eher entsorgt als gestärkt.

Die Neuausrichtung offizieller Frauen- und Gleichstellungspolitik, ökonomische Entwicklungen unter neoliberaler Politik mit einzelnen Gewinnerinnen und vielen Verliererinnen sowie theoretisch wichtige Erkenntnisse über differenzierte Interessen und Identitäten von Frauen führen zu Verunsicherungen bei frauenpolitisch Interessierten. Das Subjekt von frauenpolitischen Bewegungen ist nur schwer bestimmbar. Diese Problematik schlägt sich auch bei den seit den 80er Jahren und verstärkt in den 90er Jahren institutionalisierten Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten nieder, deren teilweise langjährige Vernetzungsarbeit der Frauenpolitik vor Ort in den Kommunen Kontinuität gibt. Sie leiden inzwischen an extremen persönlichen Belastungen aufgrund widersprüchlicher Erwartungen zwischen Verwaltungen einerseits und Frauen andererseits, aber auch innerhalb der Verwaltungen sowie innerhalb ihres zu vertretenden Klientels (Holland-Cunz 2003: 213f.).

In dieser Situation bietet das Internet neue Experimentierräume, die frauenpolitische Akteurinnen aus verschiedenartigen Organisationen, Verbänden und Netzen für ihre höchst unterschiedlichen Anliegen nutzen. Das neue Medium scheint wie geschaffen für die heutige Zeit der neuen Unordnung, die von vielfältigen Diskriminierungserfahrungen geprägt ist, ohne dass diese immer genau einer Gruppe zuordenbar sind. Über das Internet lassen sich unterschiedliche Ansatzpunkte verfolgen und für nicht näher bestimmbare Öffentlichkeiten zugänglich machen. Denn Nutzerinnen können im Netz selbst entscheiden, welche inhaltlichen Angebote, Hilfestellungen und Austauschmöglichkeiten in der jeweiligen Lebenssituation ihnen persönlich weiterhelfen und ihren emanzipatorischen Vorstellungen entsprechen.

Gleichzeitig bietet das Internet Integrationswerkzeuge an, mit deren Hilfe unterschiedliche Facetten einer Themenbehandlung zusammengeführt werden können. Es lassen sich verschiedene Informations- und Interaktionsangebote auf unterschiedliche Weise verknüpfen. Einfache Links verweisen unverbindlich von einem Ort zum anderen. Über Portale kann aus Sicht jeweils einzelner Frauengruppen

Zusammengehörendes verbunden werden. In Online-Communities können Frauen einen abgegrenzten sozialen Raum für sich gestalten und entsprechend davon profitieren (vgl. Duval/Welger in diesem Band).

Das Internet ermöglicht somit Vielfalt und Integration. Einerseits können zahlreiche Frauenaktivitäten parallel realisiert werden und sich mit differenzierten Themenstellungen beschäftigen. Über den konkreten individuellen Nutzen dieser bereitgestellten Informationen oder Interaktionsangebote entscheiden Nutzerinnen mit ihren verschiedenartigen Identitäten und sozialen Lebensbedingungen. Andererseits können die zersplitterten Aktivitäten zusammengefasst werden und damit in einer breiteren Öffentlichkeit Aufmerksamkeit gewinnen. Handeln von Frauen innerhalb eigener frauenpolitischer Sphären sowie Partizipation an größeren Verbänden sind damit machbar. Eindeutige Zuordnungen zu bestimmten theoretischen Auffassungen verlieren ihre zentrale Bedeutung, da Zusammenschlüsse und Integration verschiedener Aktivitäten von den Nutzerinnen selbst auch ex post realisierbar sind. So spiegelt sich über das Internet nicht nur der frauenpolitische Status quo wider, sondern es lassen sich darüber hinaus über erprobte und von außen nachvollziehbare Kooperationen neue Perspektiven entwickeln.

Und noch eine weitere Chance eröffnet sich für frauenpolitische Aktivitäten durch die Nutzung des Internets. Im Medium schwimmt die ansonsten scharfe Trennung zwischen öffentlicher und privater Sphäre. Die Kritik an dieser Trennung und an der Entgegensetzung der beiden Sphären war ein wichtiger Ausgangspunkt der neuen Frauenbewegung und konnte als »zentraler patriarchaler Modus zur Konstruktion hierarchischer Zweigeschlechtlichkeit und zur Legitimierung des Ausschlusses und der Unterordnung von Frauen entlarvt werden« (Sauer 2001: 184). Dabei war die starre Grenzziehung zwischen öffentlich und privat nie statisch, sondern immer flexibel und Ausdruck gesellschaftlicher Kräfte- und Machtverhältnisse (ebd.: 187).

Die politische Auseinandersetzung um diese Grenzziehung findet auch heute in zweierlei Richtung statt. Einerseits wird mit neoliberalen Konzeptionen versucht, öffentliche Probleme wie die Altersvorsorge als »privat« zu dethematisieren. Andererseits werden als »privat« bezeichnete Phänomene verstärkt in die öffentliche Debatte gebracht, beispielsweise bei der Genomanalyse oder bei Lauschangriffen in Privatwohnungen. Um auf diese Grenzziehungen zwischen öffentlich und privat Einfluss zu nehmen, kann sich feministische Politik des Mediums Internet bedienen, in dem Personen und Organisationen entscheiden können, was für eine breitere Öffentlichkeit bestimmt ist. Allerdings heißt dies noch lange nicht, dass eine im Mainstream als privat eingeschätzte, in einem Forum aber öffentlich geführte Debatte über das Internet auch eine breite Öffentlichkeit gewinnt. Dazu muss sie erst einmal für Interessierte auffindbar und damit wahrnehmbar werden.

Die sich abzeichnenden neuen Handlungsräume für politisches Engagement mit Hilfe des Internets waren gerade in schwierigen frauenpolitischen Zeiten für uns Grund genug, die Nutzung des Internets durch Frauennetze empirisch zu untersuchen. Auch wenn in Kenntnis der hier erwähnten Funktionen des Internets die vorfindbare Vielfalt von Frauenaktivitäten im Netz nicht weiter erstaunt, bleibt dennoch die Frage nach der Tragweite dieser Aktivitäten offen. Um diese zu beantworten, reicht es nicht aus, in visionären Abschätzungen dem Internet euphorisch einen Beitrag zur Dekonstruktion von Geschlecht zuzuschreiben oder aber das neue Medium als androzentrische Technik zu identifizieren und darüber neue geschlechterdifferente Spaltungen zu befürchten.

Es geht vielmehr um die Frage, wie eine Technologie von frauenpolitischen Akteurinnen eingesetzt und genutzt wird, deren gezielter Einsatz die Vielfalt von Themen verdeutlicht und ihre Integration und Strukturierung grundsätzlich ermöglicht sowie eine Überbrückung von Grenzen zwischen den traditionell stark getrennten öffentlichen und privaten Anliegen erleichtert. Gleichzeitig gilt es, weiterführende Nutzungsvarianten vor auszudenken und damit zur Weiterentwicklung von frauenpolitischen Aktivitäten im Netz beizutragen. Deswegen wurde im Forschungsprojekt mit dem Titel »E-Empowerment. Die Nutzung des Internets in frauenpolitischen Netzwerken« untersucht, inwieweit das neue Medium von Frauennetzen und frauenpolitischen Akteurinnen für ein Empowerment im Sinne der eigenen Kraft- und Machtverstärkung genutzt wird. Darüber hinaus wurden weitergehende Gestaltungsmöglichkeiten herausgearbeitet.

Der Begriff des Empowerment, der auf Rappaport (1985) zurückgeht, ist eng mit der amerikanischen Bürgerrechts- und Frauenbewegung verbunden (Herriger 1997). Sinngemäß übersetzt wird unter diesem Begriff die Gewinnung von Stärke und Energie zur Gestaltung eigener Lebensverhältnisse verstanden. Durch Kooperation sollen Menschen in marginalen Positionen eigene Kraftquellen nutzen und entwickeln, um mehr Selbstbestimmung und Kontrolle über die eigenen Lebensumstände zu gewinnen. Gleichzeitig bezieht sich Empowerment auf kollektive politische Selbstorganisation, mit denen benachteiligte Bevölkerungsgruppen sich in die Lage versetzen, ihre Interessen zu artikulieren, sich an politischen Prozessen zu beteiligen und Macht zu gewinnen (ebd.: 16f.). Mit dem Konzept des Empowerment werden nicht nur bestehende Machtverhältnisse kritisiert, sondern auch Perspektiven der Veränderung aufgezeigt.

Um Fragen nach den Möglichkeiten eines frauenpolitischen Empowerment mit Unterstützung des Internets empirisch abgesichert beantworten zu können, muss zunächst systematisch untersucht werden, wie das Internet von den bestehenden politischen Frauennetzen eingesetzt und von frauenpolitischen Akteurinnen genutzt wird. Da hierzu für die Bundesrepublik Deutschland bisher keine Forschungsergebnisse vorlagen, setzt die vorliegende Untersuchung an dieser Forschungslücke an.

In der Studie wird ein breiter Netzbegriff zugrunde gelegt: Netze oder Netzwerke werden als Oberbegriff verwendet für unterschiedlichste Zusammenschlüsse von Frauen – in strukturierter Form mit Statuten und formalisierten Verfahrensabläufen in Frauenverbänden oder in Parteien als Suborganisationen, aber auch in autonomen Frauenprojekten oder Selbsthilfegruppen mit lockerer Organisationsform und geringer Reglementierung. Netzwerk ist dabei primär als »ein funktionaler Begriff zu verstehen, der vorwiegend informelle Formen des Austausches, der gegenseitigen Unterstützung und gemeinsamen Einflussnahme auf gesellschaftliche und politische Prozesse charakterisiert« (Lukoschat 2000: 181f.). Auch Politik wird entsprechend eines feministischen Verständnisses anders als im Mainstream gefasst, denn mit der Infragestellung der Grenzziehung zwischen öffentlicher und privater Sphäre wird auch ein neuer Begriff des Politischen wichtig, der das Leben von Frauen und damit auch das Alltagsleben zum Ausgangspunkt und zur zentralen Logik von Politik macht (Sauer 2001: 185f.).

Unter frauenpolitischen Netzwerken verstehen wir also eine ganze Palette von Initiativen, die sich sowohl inhaltlich als auch von ihrer Organisationsform und ihrer Entstehungsgeschichte unterscheiden. Wir subsumieren darunter sowohl Frauenarbeitsgruppen innerhalb von Parteien und Verbänden, wie zum Beispiel die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen oder Frauen im Ingenieurberuf innerhalb des Verbands Deutscher Ingenieure als auch autonome Organisationen wie den Verein gegen sexuellen Missbrauch Wildwasser oder die international ausgerichtete Menschenrechtsorganisation Terre des Femmes. Die mit dem Internet neu entstandenen Netze wie Webgrlls oder femity, deren Mitglieder außerhalb des Internets kaum organisatorische Verbindungen haben, stellen ebenfalls frauenpolitische Netzwerke dar. Sie werden im Forschungsprojekt »E-Network« im Teil II des Bandes ausführlich analysiert.

Vor diesem Hintergrund stellen wir im Forschungsprojekt »E-Empowerment. Die Nutzung des Internets in frauenpolitischen Netzen« folgende Fragen:

1. Welche Funktionalitäten für neue frauenpolitische Öffentlichkeiten bietet das Internet grundsätzlich?
2. Wie nutzen Frauennetze, die primär offline aktiv sind und damit außerhalb des Internets entstanden sind, das neue Medium für die Realisierung ihrer Ziele, und welche Entwicklungsmöglichkeiten bestehen?
3. Wie nutzen haupt- und ehrenamtliche frauenpolitische Akteurinnen das Internet?
4. Wie finden frauenpolitisch Interessierte die Angebote der Frauennetze?
5. Gelingt es, wirkungs- und machtvolle Gegenöffentlichkeiten zu bilden und damit verstärkt in den hegemonialen Diskurs einzugreifen?

6. Wie lässt sich die Integration unterschiedlichster Angebote verbessern und damit frauenpolitisches Empowerment mit informationstechnischen Werkzeugen unterstützen?

Um dieser Untersuchung einen theoretischen Rahmen zu geben, mit dem überprüft werden kann, inwieweit Netzaktivitäten über neue Öffentlichkeiten zu einem Empowerment beitragen, haben wir das Konzept von Fraser (1996) zu subalternen Gegenöffentlichkeiten auf das Internet bezogen (Drüeke/Winker in diesem Band). Nach Fraser entwickeln politische Frauennetze als subalterne Gegenöffentlichkeiten in ihren Diskursen erstens oppositionelle Interpretationen von Identitäten, Bedürfnissen und Interessen, haben zweitens für ihre Mitglieder die Funktion von eigenen Räumen, die Rückzug und Neugruppierung ermöglichen, und können drittens die gesellschaftspolitische Realität durch Einflussnahme auf Diskurse und Normen in größeren, teilweise auch hegemonialen Öffentlichkeiten verändern.

Diese drei Funktionen können durch das Internet unterstützt werden und lassen sich den drei Dimensionen »Information«, »Interaktion« und »politische Aktion« zuordnen. Über die Bereitstellung und Verbreitung vielfältiger Informationen können oppositionelle Identitäten und Interessen gefördert werden. Die Schaffung eigener Räume, die Rückzug und Neugruppierung von Frauen innerhalb eines frauenpolitischen Netzes, aber auch zwischen den Netzen ermöglichen, sind über interaktive Funktionsangebote wie Foren oder Chats zu organisieren. Dabei wird Interaktion als ein Prozess der wechselseitigen Orientierung von Menschen in bestimmten Situationen verstanden (Jäckel 1995: 463). Der Übergang zur Kommunikation bleibt fließend. Interaktion basiert auf einer höheren Dichte und löst Aktivitäten auf der Gegenseite aus. Über Interaktion in frauenpolitischen Netzen hinaus kann die Einflussnahme auf größere, auch hegemoniale Öffentlichkeiten grundsätzlich über im Internet organisierte und unterstützte politische Aktionen gestärkt werden.

Die Ergebnisse der Analyse von 200 Websites frauenpolitischer Netze zeigen sehr deutlich, dass für die Internet-Auftritte der bundesdeutschen frauenpolitischen Netzwerke bisher die Weitergabe von Informationen im Vordergrund steht (Sude in diesem Band). Die Website wird zur Selbstdarstellung des eigenen Netzwerks genutzt, es wird auf Termine und Veranstaltungen hingewiesen und Hintergrundmaterial, das als Orientierungswissen dienen kann, zur Verfügung gestellt.

Diese Erkenntnis wird durch die von uns geführten 20 Interviews mit ehren- und hauptamtlichen frauenpolitisch Aktiven bestätigt. Passgenau zum Angebot stellt auch für sie die Suche nach Informationen derzeit das wichtigste Anliegen im Internet dar (Carstensen in diesem Band). Sowohl die Anbieterinnen von Informationen als auch die Nutzerinnen des Angebots verfolgen mit ihrem Handeln das Ziel, gesellschaftliche Probleme aufzugreifen und vielfältige Themen, die einen

Bezug zu Frauenleben haben, öffentlich zu machen. Damit trägt die Bereitstellung von Informationen dazu bei, subalterne Gegenöffentlichkeiten zu stärken und Einfluss auf hegemoniale Diskurse zu nehmen.

Allerdings bleibt diese Einflussnahme auf die Weitergabe von Informationen begrenzt, denn der interaktive Austausch findet selten öffentlich, sondern primär bilateral über E-Mails statt. Foren, Chats oder interaktive Mailinglisten, die von außen – zumindest nach Registrierung – verfolgt werden können, finden sich in den Frauennetzen selten. Diese Funktionalitäten werden aktiv fast ausschließlich von Online-Communities benutzt, die erst über das Netz entstanden sind. Sie versuchen mit den vielfältigen sozialen Interaktionen über Foren, Chats und Mailinglisten die fehlende Face-to-face-Kommunikation auszugleichen (Schachtner: Kommunikationsräume in diesem Band).

Noch völlig ungewöhnlich ist in deutschen Frauennetzwerken bisher, dass über das Internet politische Aktionen organisiert oder durchgeführt werden. Sude (in diesem Band) nennt als eines der wenigen Beispiele eine Unterschriftensammelaktion für Unisextarife bei Renten- und Krankenversicherungen, die online öffentlichkeitswirksam begleitet wurde. Eine handlungsorientierte Kooperation über einzelne Akteurinnen und Netzwerke hinaus, an der sich auch Nutzerinnen, die keinem Netzwerk angehören, beteiligen können, steht in Deutschland noch ganz am Anfang. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Internet von frauenpolitischen Netzen primär als ein neues Tool oder Werkzeug zur Bereitstellung von Orientierungswissen und nur sekundär als interaktives Medium genutzt wird.

Doch auch bei der Bereitstellung großer Informationspools zeigen sich Schwächen in der Realisierung. Denn das gezielte Auffinden frauenpolitischer Angebote gestaltet sich außerordentlich schwierig. Das am häufigsten genutzte Vorgehen bei der Recherche, die Stichwortsuche über eine Volltext-Suchmaschine, ist zeitraubend und oft wenig erfolgreich. Dies konnte anhand unserer auf frauenpolitische Themen fokussierten Untersuchung zur Internet-Nutzung von Testpersonen mit Hilfe von Client-Log-Protokollierungen aufgezeigt werden (Carstensen/Winker in diesem Band). Mit der schwierigen Auffindbarkeit frauenpolitischer Inhalte wird das breite fachliche Angebot, das als Summe der vielfältigen Herangehensweisen in den verschiedenen Frauennetzen groß ist, nicht allen Interessierten zugänglich gemacht und nur suboptimal in den politischen Meinungsbildungsprozess eingebracht. Auch besteht die Gefahr, dass frauenpolitische Netze Enklaven bleiben und als unverbundene Punkte im großen Cyberspace kaum Aufmerksamkeit erhalten.

Um wirkungsvolle Gegenöffentlichkeiten unter Ausnutzung des technischen Potenzials des Internets bilden zu können, müssen neue Verfahren entwickelt werden, die eine virtuelle Verknüpfung bereits vorhandener Informationen und Interaktionsangebote ermöglichen. Dies lässt sich unter anderem mit dem Konzept der virtuellen Nachbarschaften (Taube/Winker in diesem Band) erreichen. Über einen

Zusammenschluss und eine Kooperation aller interessierten frauenpolitischen Netzwerke in einer virtuellen Nachbarschaft können über neuartige Suchfunktionen vielfältige Informationen zielsicher und zügig gefunden werden. Gleichzeitig lässt sich über eine Visualisierung der Beziehungen in einer virtuellen Nachbarschaft die inhaltliche Verwobenheit aufzeigen und vertiefen.

Virtuelle Nachbarschaften mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen können für frauenpolitische Netze ein besonderer Gewinn sein, da deren Akteurinnen wegen der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung und zunehmender Alltagsanforderungen aufgrund von Entgrenzungsprozessen auf allen Ebenen (Winker/Carstensen 2004) über geringe materielle und zeitliche Ressourcen verfügen. Es müssen daher Tools entwickelt werden, die für alle Akteurinnen einen zügigen Überblick über das vielfältige informative und interaktive Angebot geben. Der Pfad dieser technologischen Gestaltung ist allerdings schmal. Denn mit Recht stellt Holland-Cunz (2003: 172) fest, dass Feministinnen, die antipatriarchal wirken wollen, nicht ihre eigene Konformisierung und Homogenisierung vorantreiben dürfen, sondern ihre widersprüchliche Vielfalt betonen müssen. Die inhaltliche und formelle Selbstbestimmung der einzelnen Frauennetze und deren vielfältige Sichtweisen dürfen deswegen informationstechnisch nicht eingeschränkt werden. Gleichzeitig sollten jedoch gezielte Integrationsmöglichkeiten unterstützt werden, die sowohl Netzwerkaktivistinnen als auch gelegentlichen Nutzerinnen neuartige Orientierungen ermöglichen.

Für die Zukunft stehen frauenpolitische Akteurinnen, Internet- und Frauenforscherinnen vor der Aufgabe, virtuelle Nachbarschaften und andere Modelle, mit denen Vielfalt und Integration im Netz unterstützt werden können, in frauenpolitischen Zusammenhängen zu realisieren. Ganz im Sinne des Empowerment-Konzepts lassen sich mit einer solchen informationstechnischen Unterstützung individuelle Kräfte entwickeln und stärken sowie Ressourcen des Widerstands gegen soziale Unterdrückung sowie gegen Diskriminierung von Identitäten bündeln. Noch werden diese Möglichkeiten eines E-Empowerment oder auch Net-Empowerment nur in Ansätzen genutzt, doch erste Erfolge sind, wie die folgenden Artikel zeigen, bereits sichtbar und leisten einen Beitrag zur Stärkung von Frauenpolitik.

Literatur

- Butler, Judith (1991), *Das Unbehagen der Geschlechter*, Frankfurt/M.
Castells, Manuel (2001), *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Teil 1 der Trilogie: Das Informationszeitalter*, Opladen.

- Fraser, Nancy (1996), »Öffentlichkeit neu denken. Ein Beitrag zur Kritik real existierender Demokratie«, in: Elvira Scheich (Hg.), *Vermittelte Weiblichkeit. Feministische Wissenschafts- und Gesellschaftstheorie*, Hamburg, S. 151-182.
- Fraser, Nancy (2001), »Multikulturalismus, Antiessentialismus und radikale Demokratie: Eine Genealogie der gegenwärtigen Ausweglosigkeit in der feministischen Theorie«, in: dies., *Die halbierte Gerechtigkeit*, Frankfurt/M., S. 251-273.
- Herriger, Norbert (1997), *Empowerment in der Sozialen Arbeit*, Stuttgart.
- Holland-Cunz (2003), *Die alte neue Frauenfrage*, Frankfurt/M.
- Jäckel, Michael (1995), »Interaktion. Soziologische Anmerkungen zu einem Begriff«, in: *Rundfunk und Fernsehen*, Jg. 43, H. 4, S. 463-476.
- Lukoschat, Helga (2000), »Austausch und Vernetzung: Maßnahmen zur Stärkung von Frauen in der Politik«, in: Helga Foster/Helga Lukoschat/Barbara Schaeffer-Hegel (Hg.), *Die ganze Demokratie. Zur Professionalisierung von Frauen für die Politik*, Herbolzheim, S. 120-195.
- Metz-Göckel, Sigrid/Kamphans, Marion/Tigges, Anja/Drag, Anna (2002), »Auf die Probe gestellt: Gender Mainstreaming bei der Einführung digitaler Medien in der Hochschullehre«, in: *Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien*, H. 4, S. 28-40.
- Rappaport, Julian (1985), »Ein Plädoyer für die Widersprüchlichkeit: Ein sozialpolitisches Konzept des »empowerments« anstelle präventiver Ansätze«, in: *Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis*, Jg. 17, H. 2, S. 257-278.
- Sauer, Birgit (2001), *Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte*, Frankfurt/New York.
- Stiegler, Barbara (2002), *Gender macht Politik. 10 Fragen und Antworten zum Konzept Gender Mainstreaming*, Bonn.
- Wetterer, Angelika (2002), »Strategien rhetorischer Modernisierung. Gender Mainstreaming, Managing Diversity und die Professionalisierung der Gender-Expertinnen«, in: *Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien*, H. 3, S. 129-148.
- Winker, Gabriele (2004), »Fokus Bürgerin. Zur genderbewussten Gestaltung öffentlicher Räume in kommunalen E-Government-Portalen«, in: Alexander Siedschlag/Alexander Bilgeri (Hg.), *Kursbuch Internet und Politik 2003*, Wiesbaden, S. 59-76.
- Winker, Gabriele/Carstensen, Tanja (2004), »Flexible Arbeit – bewegliche Geschlechterarrangements«, in: Heike Kahlert/Claudia Kajatin (Hg.), *Arbeit und Vernetzung im Informationszeitalter. Wie neue Technologien die Geschlechterverhältnisse verändern*, Frankfurt/New York, S. 167-185.